

# Wannsee-Tafeln verschwinden – das Correctiv-Lügengebäude bröckelt weiter

Fr, 6. Juni 2025

Das „Haus der Wannsee-Konferenz“ baut die umstrittenen Infotafeln im Garten seines Geländes wieder ab, wie die *Berliner Zeitung* exklusiv berichtet. So geht es aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Ronald Gläser hervor. Damit verschwindet nun ein besonders schäbiger Baustein aus der propagandistischen Inszenierung rund um die sogenannte Correctiv-„Recherche“ zum „Geheimplan gegen Deutschland“.

Das Museum hatte die Tafeln errichtet, um eine fragwürdige Verbindung zwischen dem historischen NS-Verbrechenskomplex und einem harmlosen Treffen konservativer Kreise in Potsdam zu suggerieren. „Wannsee 2.0“ hieß es da, von angeblichen „völkischen Deportationsfantasien“ war die Rede. Nun also der Rückzug – und eine späte Bestätigung der Kritik. Wie zuerst kritische Medien wie Tichys Einblick, Cicero, NZZ und Nius berichteten und später durch große Medien aufgenommen und geteilt wurde, ließen sich die zentralen Aussagen der Correctiv-Story durch Zeugen nicht bestätigen. Auch dezidiert linke Portale wie Übermedien zeigten sich von der Art der Recherche nicht überzeugt. Am Ende sprach sogar *Die Zeit* von erheblichen Widersprüchen.

„Die Steuerzahler haben bei so hohen Fördersummen bessere Informationen verdient als die, die sie durch diese Infotafeln erhalten haben“, kommentierte Gläser treffend. Tatsächlich ist es ein Offenbarungseid, wenn staatlich finanzierte Erinnerungsarbeit sich derart

plump vor den Karren einer fragwürdigen Medienkampagne spannen lässt.

„Jetzt haben wir endgültig gewonnen!“ jubelt der Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau, einer der Teilnehmer. Vosgerau hatte einen mittleren sechsstelligen Betrag in die juristische Aufarbeitung gesteckt und weitgehend Recht erhalten – bis jetzt zur Demontage der lügenhaften Tafeln. „Das „Haus der Wannseekonferenz“ hat sich nun endlich entschlossen, die unsäglich peinlichen Tafeln vor dem Haus zu entfernen, auf denen sie bisher – ausgerechnet dort! – die Opfer des Holocaust zu verhöhnern sich nicht entblödeten („trotz historischer Unterschiede“). Es hat sich eben mittlerweile herumgesprochen, daß die „Correctiv“-Zeitungssente einfach nicht gestimmt hat. Und, auffällig: auch linke Medien wollen mit „Correctiv“ nichts mehr zu tun haben...“

Dabei war das Muster durchschaubar: Correctiv setzte am 10. Januar 2024 den Startschuss mit der reißerischen Story über angebliche Deportationspläne. Nur wenige Tage später marschierte die Bundesregierung mit Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Co. demonstrativ in Potsdam auf. Hunderte Medien verstärkten das Narrativ bereitwillig (wovon zahlreiche erfolgreich abgemahnt wurden) – und am Ende landete es sogar in den Gärten der Gedenkstätten.

Heute weiß man: Den Begriff „Deportation“ hörte bei dem Treffen am Lehnitzsee niemand. Von einem „Masterplan“ war nie die Rede. Mehrere Gerichte verboten inzwischen sogar explizit, diese Darstellung weiter zu verbreiten. Damit ist der zentrale Kern der Correctiv-Erzählung in sich zusammengefallen.

Doch das war nur die erste Rissebene im Lügengebäude. Hinzu kamen die Enthüllungen über die Rolle der Correctiv-Redaktion selbst. Wie Correctiv-Gründer David Schraven [gegenüber Semafor](#) offen einräumte, hatte man die Story schon vorab an zahlreiche Medien weitergereicht. Von einer „unabhängigen“ Recherche kann da kaum die Rede sein.

Vielmehr mutete die ganze Operation wie ein abgestimmter orchestrierter Mediencoup an.

Die Nähe von Correctiv zur Politik verstärkt diesen Eindruck. So traf sich Correctiv-Geschäftsführerin Jeanette Gusko schon im November 2023 mit Bundeskanzler Scholz. Zu diesem Zeitpunkt wusste Correctiv längst vom Treffen in Potsdam – und hatte sich bereits zu einer Undercover-Aktion entschlossen. Woher die Informationen ursprünglich stammten, bleibt bis heute im Dunkeln. Auffällig ist: Die Bundesregierung verweigert jede Auskunft hierzu mit Verweis auf das „Staatswohl“.

Damit steht der Verdacht im Raum, dass hier eine verdeckte politisch-mediale Operation lief – möglicherweise unter Mitwirkung von Nachrichtendiensten. Medien, die diesen Skandal hätten aufklären können, verhielten sich jedoch viel zu lange weitgehend als Transmissionsriemen. Anstatt eigene Recherchen anzustellen, übernahmen viele von ihnen das Correctiv-Narrativ kritiklos und spitzten es sogar noch zu.

Ein besonders dreistes Beispiel: Der Begriff „Wannsee-Konferenz“ wurde im Correctiv-Text ohne jeden sachlichen Zusammenhang eingestreut – reine Suggestion, gezielt zur Emotionalisierung. Dass später staatliche Stellen diese Suggestion sogar in Gedenkstätten-Tafeln übernahmen, zeigt, wie sehr hier jedes Maß verloren ging.

Insgesamt bleibt ein bitteres Fazit: Der größte Medienskandal des Jahres 2024 besteht nicht im Inhalt des Potsdam-Treffens, sondern im systematischen Zerrbild, das Politik, Correctiv und große Medien daraus konstruierten. Dass jetzt wenigstens die peinlichen Wannsee-Tafeln verschwinden, ist ein kleiner Fortschritt. Die Aufarbeitung des gesamten Skandals aber steht noch aus.

Und auch das sollte man klar benennen: Correctiv wird weiterhin mit Steuergeld gefüttert, medial hofiert und politisch geschützt. Dabei gehört

diese Plattform längst als Paradebeispiel für staatlich alimentierte Kampagnenpresse enttarnt – nicht ausgezeichnet als „Journalist des Jahres“. Die Demokratie braucht keine Geheimdienstjournalisten im Regenbogen-Mantel. Sie braucht Medien, die sich der Wahrheit verpflichtet fühlen.